

Schreiben auf Grund Koalitionsverhandlungen im März 2025

Sehr geehrter Herr Al-Wazir,

Sie kennen uns als einen der größeren Klima- und Umweltschutzvereine, der sich schwerpunktmäßig mit der Klima- und Umweltschädlichkeit des Luftverkehrs befasst. **Wir sind aus der Initiative gegen Fluglärm Mainz e.V. hervorgegangen.**

Zunächst gratulieren wir Ihnen ganz herzlich zum Einzug in den Bundestag und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer künftigen Tätigkeit für unser Land.

Wir wenden uns heute an Sie aus folgenden Gründen:

Das Wachstum des Luftverkehrs ist in Deutschland aktuell eingedämmt. Dabei spielt es aus unserer Sicht auch eine Rolle, dass die Flugpreise deutlich gestiegen sind. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die Kosten für staatliche Dienstleistungen auf ein kostendeckendes Niveau angehoben wurden und die Luftverkehrsabgabe erhöht wurde. Dies dürfte insbesondere das Wachstum der Billigflieger ausgebremst haben, wobei diese immer noch in der Lage sind, teilweise Europaflüge für unter EUR 100 zu verkaufen. Dies gilt immer wieder Mal auch für Fluggesellschaften des Lufthansa-Konzerns.

Im Herbst startete die Luftverkehrswirtschaft dennoch eine "Jammerkampagne" und versucht seitdem, eine Reduzierung der sog. Standortkosten und eine Abschaffung der Luftverkehrsabgabe zu erreichen. Pünktlich zu den Koalitionsverhandlungen hat das Land Hessen eine Bundesratsinitiative gestartet, die unter anderem eine Reduzierung der Standortkosten und der Luftverkehrsabgabe fordert. All dies ist Ihnen natürlich ebenso bekannt wie die Tatsache, dass der Luftverkehr durch eine Befreiung von der Kerosinsteuer und der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge allein in Deutschland jährlich mit ca. EUR 13 Milliarden subventioniert wird. **Dabei trägt er inzwischen ca. 7% zum Klimawandel bei.**

Es ist unsere Befürchtung, dass der Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU eine Reduzierung der Standortkosten und der Luftverkehrsabgabe regeln wird, sofern hierfür ein finanzieller Spielraum besteht. Dieser soll gerade im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur geschaffen werden. Wie das Sondierungspapier zeigt, schrecken die Mächtigen-Koalitionäre nicht davor zurück, die klimaschädliche Pendlerpauschale zu erhöhen und weitere Steuererleichterungen und Subventionen an Industrieklientel künftig aus dem Kernhaushalt in Verbindung mit dem Sondervermögen Infrastruktur zu finanzieren.

Wir begrüßen deshalb sehr die Zustimmungsverweigerung des Bündnis90/Die Grünen, da sie auch verhindern könnte, dass der Luftverkehr entlastet wird und es dadurch wieder zu einem Anstieg der Flugbewegungen und damit auch des Fluglärms und der Schadstoffe für die Flughafenanwohner kommen wird. Zudem würden die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen konterkariert. Wir bitten Sie, auch diesen Aspekt in die interne Diskussion einzubringen, sofern dies nicht ohnehin schon geschehen ist.

Wir hoffen sehr, dass Bündnis90/Die Grünen bei der Zustimmungsverweigerung standhaft bleiben bzw. eine Zustimmung zum Sondervermögen Infrastruktur erst erteilen, wenn bestmöglich sichergestellt wird, dass es den künftigen Koalitionären nicht möglich sein wird, klima- und umweltschädliche Steuererleichterungen und Subventionen letztlich über das Sondervermögen Infrastruktur zu finanzieren.

Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Initiative Klima- Umwelt- und Lärmschutz im Luftverkehr e.V.

Lars Nevian

Initiative Klima-, Umwelt- und Lärmschutz im Luftverkehr e.V. (IKUL)
Hechtsheimer Strasse 95

55131 Mainz

www.klima-umwelt-luftverkehr.de

Vorstand:

Dr. Lars Nevian (Vorsitzender)

Bettina Appelt (Stellv. Vorsitzende), Erwin Stufler (Finanzen)